

**Politischer Bericht Ost-Timor
März 2006**

Die Bürden der Wahrheit

Sieben Jahre nach den blutigen Massakern in Zusammenhang mit dem Unabhängigkeitsreferendum Ost-Timors dokumentiert jetzt ein lang erwarteter Untersuchungsbericht unsägliche Menschenrechtsverletzungen Indonesiens während der 24jährigen Besatzungszeit. Wer aber geglaubt hatte, dass die Regierung in Dili nun laut nach Vergeltung und Sühne ruft, sieht sich überrascht. Präsident Gusmao hat im Vorwahljahr 2006 durchaus andere Prioritäten hinsichtlich seines großen Nachbarn.

von Patrick Sumpf¹

Der 20. Mai 2002 schwebt den mittlerweile 900.000 Ost-Timorese(n) noch in freudiger Erinnerung: die Geburt ihres Staates als erstem im neuen Jahrtausend, nach leidvollen Epochen der Fremdherrschaft durch die portugiesische Kolonialmacht und die indonesischen Besatzer. Für drei Jahre zuvor wurde Ost-Timor noch durch die UN-Übergangsregierung UNTAET (United Nations Transition Administration in East Timor) verwaltet, mit deren Hilfe das Land dann schließlich als demokratische Republik in die Unabhängigkeit entlassen werden konnte.

Während Timor-Leste (so die offizielle Bezeichnung) zu dieser Zeit noch die Titelseiten der Weltpresse schmückte, ist es seither erheblich ruhiger geworden um die Halbinsel. Nach anfänglicher Euphorie um die Zukunft des Staates macht sich mehr und mehr Ernüchterung breit, da die soziopolitische Stabilisierung ausbleibt, die Wirtschaft stagniert und erste Stimmen befürchten, Timor-Leste könne zu einem „failed state“ werden. Entsprechend geringer war das öffentliche Interesse an der Geschichte des Landes in den letzten Jahren.

Jüngste Ereignisse von höchster Brisanz rücken Timor-Leste allerdings wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Der Grundstein dafür wurde durch die lang erwartete internationale Veröffentlichung des Berichts der Kommission für Aufarbeitung, Wahrheit, und Versöhnung (*Comissao de Acolhimento, Verdade e Reconciliacao* oder CAVR in der portugiesischen Amtssprache Ost-Timors) gelegt. Timor-Lestes Präsident „Xanana“ Gusmao überreichte den Report, der Verbrechen und

¹ Patrick Sumpf forscht an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld zu Fragen von „Global Governance“. Derzeit absolviert er einen Forschungsaufenthalt im KAS-Büro Indonesien in Jakarta.

Politischer Bericht Ost-Timor März 2006

Menschenrechtsverletzungen in Timor-Leste unter Indonesiens 24-jähriger Besatzungszeit dokumentiert, am 20. Januar an UN-Generalsekretär Kofi Annan. In das 2500-seitige Dokument, an dem ost-timoresische und internationale Experten seit 2002 gearbeitet haben, sind die Aussagen von über 7000 Opfern der hauptsächlich indonesischen Schreckenstaten eingeflossen, wodurch sich der Bericht durch einen besonders hohen Authentizitätsgehalt auszeichnen dürfte. In dem Report werden schwere Vorwürfe gegen indonesische Verantwortliche erhoben, vor allem die direkte Verwicklung seiner Machthaber in bis zu 183.000 Todesfälle zwischen 1975 und 1999.

Am 7. Dezember 1975 begann die indonesische Invasion Ost-Timors, nachdem die portugiesischen Kolonialherren die Halbinsel wenige Monate zuvor aufgrund der dort schwelenden Machtkämpfe verlassen hatten. Die Kämpfe ereigneten sich zwischen Anhängern von rivalisierenden Parteien hinsichtlich der Zukunftsentwicklung Ost-Timors, nachdem Portugal seine Kolonialambitionen im Zuge der Nelkenrevolution 1974 aufgegeben hatte. Ausschreitungen wie diese sollten für den Rest des Jahrhunderts das Schicksal Ost-Timors bleiben: So erlangte die Region traurige Berühmtheit durch die indonesische Annexion 1976, das Santa-Cruz-Massaker 1991, bei dem fast 300 unbewaffnete Demonstranten durch indonesisches Militär getötet wurden, sowie die Begleitereignisse des Unabhängigkeitsplebiszits von 1999.

Die Kommission für Aufarbeitung, Wahrheit, und Versöhnung (CAVR) stellt in ihrem Bericht heraus, dass zwischen 1974 und 1999:

- mindestens 102.800 und bis zu 183.000 Ost-Timoresen als direkte Folge der indonesischen Besatzung entweder getötet wurden oder durch intendierten Hungertod oder Krankheit starben;
- die breite Mehrheit der untersuchten Todesfälle (70-85%) der Verantwortung der indonesischen Sicherheitskräfte zuzurechnen ist, zu deren Methoden auch willkürliche (Massen-)Exekutionen und Vergewaltigungen gehörten (zehn Prozent aller Fälle gehen auf das Konto von ost-timoresischen Widerstandsbewegungen, allen voran Fretilin);
- die indonesische Regierung und das Militär Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen, indem sie wahllose Angriffe auf Zivilisten und zivile Objekte veranlassten, die auch den Gebrauch von Napalm einschlossen;
- den indonesischen Menschenrechtsverletzungen eine systematische Struktur zugrundelag, welche speziell bei den Ereignissen im Jahr 1999 bis in höchste indonesische Regierungskreise zurückverfolgt werden kann.

Politischer Bericht Ost-Timor März 2006

Aufgrund dieser Erkenntnisse empfiehlt die Kommission schließlich in ihrem Bericht, dass die Verantwortlichen durch UN-beaufsichtigte Gremien wie die „Serious Crimes Unit“ (SCU) zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Außerdem solle für die Opfer in Timor-Leste ein Reparationsprogramm aufgelegt werden, dessen Kosten weitestgehend von Indonesien getragen werden sollten.

Die schweren Anschuldigungen werden von indonesischer Seite hingegen strikt zurückgewiesen. Der Report sei ein Wirr-Warr aus Zahlen über Dinge, die niemals passiert seien, hieß es offiziell in Jakarta. Zwar hätten die Amerikaner Napalm in Vietnam benutzt, nicht aber die Indonesier in Ost-Timor, wie Verteidigungsminister Juwono Sudarsono unterstrich. Abgesehen davon sei man mit der ost-timoresischen Regierung überein gekommen, dass man die Vergangenheit überwinden wolle und nach vorne schauen müsse, zitiert die „Jakarta Post“ den Minister.

Erstaunlicherweise ist dies tatsächlich die offizielle Position in Timor-Leste. Während viele internationale Stimmen den Empfehlungen der CAVR folgen und ein Ad-Hoc-Tribunal für die Übeltäter fordern, ist Timor-Lestes Präsident Xanana Gusmao eher besorgt um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes als um die Vergangenheitsbewältigung. Deswegen will er seinen größten Handelspartner Indonesien mit dem denkbar heiklen Bericht nicht unter Druck setzen, sondern das in den letzten Jahren aufpolierte bilaterale Verhältnis aufrechterhalten. Beide Seiten sind sich einig, dass die gemeinsam von ihnen geschaffene „Commission of Truth and Friendship“ (CTF) das geeignete Forum zur Aufarbeitung der Ereignisse von 1999 ist. 18 Angeklagte standen bisher vor einem indonesischen Sondergericht; 17 davon sprach dieses jedoch frei, und das letzte Berufungsverfahren läuft noch, weswegen es bereits massive internationale Kritik und Verschwörungsvorwürfe hagelte. Es scheint so, als würden Susilo Bambang Yudhoyono, der indonesische Präsident, und Xanana Gusmao gemeinsam die Straffreiheit für die Beschuldigten erreichen wollen. Während dies mit Blick auf den Indonesier zunächst noch plausibel erscheint, erweckt sein ost-timoresischer Amtskollege umso mehr Unverständnis. Was also steckt dahinter?

Die Beziehungen zu Jakarta sind für Timor-Leste in der Tat überlebenswichtig. Gusmao weiß, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren das Schicksal des ärmsten Staates Asiens bestimmen wird, und ohne indonesische Unterstützung sind die Chancen für langfristigen Erfolg geringer. Die Indonesier dementsprechend dieser Greuelthaten offiziell anzuklagen, speziell mit einer solch detaillierten und glaubwürdigen Quelle im Rücken, könnte im schlimmsten Fall die Existenzgrundlage Timor-Lestes gefährden. Innerhalb dieses Szenarios ist es sogar nachvollziehbar, dass Präsident Gusmao in aller Offenheit verkündet, dass der Tod

Politischer Bericht Ost-Timor März 2006

von über 100.000 Ost-Timorese(n) besser ungesühnt bleiben sollte. Am Rande spielen auch Aktivitäten pro-indonesischer Milizen nahe der ost-timoresischen Grenze eine Rolle, die jederzeit bereit sind, eine nationale Krise in Timor-Leste zu ihren Gunsten auszunutzen.

Yudhoyono auf der anderen Seite scheint um den internationalen Ruf seines Landes besorgt zu sein, der sich in den Jahren nach der Unabhängigkeit Timor-Lestes wieder verbessert hat. Ein Wieder-Aufflammen der globalen öffentlichen Meinung gegen Jakarta wie 1999, diesmal basierend auf den fundierten Daten des CAVR-Berichts, will er verständlicherweise verhindern. Fraglich ist bloß, ob sein verdeckter Einsatz für die Straffreiheit seiner verantwortlichen und mittlerweile zum Teil beförderten Generäle nicht genau der falsche Weg dorthin ist. Indonesien wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach für die Unfähigkeit (viele sagen auch: Unwilligkeit) kritisiert, hochrangiges Militärpersonal für die Verwicklung in die Ereignisse von 1999 juristisch zur Verantwortung zu ziehen. Das fortschreitende Versagen der indonesischen Regierung bei der Implementierung rechtsstaatlicher Prinzipien durch Leugnen der Vergangenheit könnte sich demnach als kontraproduktiv für das internationale Ansehen des Landes auswirken. Indonesien befindet sich überdies seit dem Sturz des Diktators Suharto 1998 in einem schwierigen Transformationsprozess hin zur Demokratie, dessen Erfolg maßgeblich von der Gunst ausländischer Investoren abhängig ist. Ein klares Bekenntnis zur Verurteilung der Beschuldigten und damit zur Rechtsstaatlichkeit könnte das Land aus westlicher Sicht jedoch international eher in ein positives Licht rücken als Yudhoyonos Versuch der leisen Schadensbegrenzung. Gleichzeitig könnte ein wahrhafter Aussöhnungsprozess mit Timor-Leste einsetzen, der das bilaterale Verhältnis der beiden Staaten auf eine gesunde Grundlage stellt, vorausgesetzt die indonesische Bevölkerung spielt mit: Ist doch die territoriale Integrität ihres Landes für nahezu alle Indonesier sakrosankt. Hier gibt es auch heute noch viele, die die Loslösung Ost-Timors als „Verrat“ empfinden und aus diesem Grund kaum Sympathien für den Nachbarn hegen.

Die entscheidende Frage lautet jedoch, ob die mögliche Straffreiheit der Beschuldigten von den Menschen in Timor-Leste überhaupt verkraftet werden könnte, denn ohne gesellschaftlichen Frieden ist die angestrebte materielle Sicherheit weniger wert. Dass dies der eigentliche Kern des Konflikts ist, wird deutlich, wenn man einige Umfrageergebnisse des „International Rehabilitation Council for Torture Victims“ (IRCT) aus dem Jahr 2000 über den posttraumatischen Zustand der ost-timoresischen Bevölkerung betrachtet:

Politischer Bericht Ost-Timor März 2006

- 97% erfuhren mindestens ein traumatisches Erlebnis wie Kämpfe, Schutzlosigkeit und fehlender Zugang zu medizinischer Versorgung;
- 34% verloren ihren Vater, 24% die Mutter, und 12% verloren ihre Kinder durch politisch motivierte Milizengewalt;
- 57% wurden Opfer von Folter;
- 22% waren Zeugen bei der Ermordung eines Familienangehörigen oder Freundes.

Auch ohne fundierte psychologische Analysen liegt die Schlussfolgerung nahe, dass ein solches Trauma nicht ohne gravierende soziale Konsequenzen unter den Teppich der Wirtschaftsentwicklung gekehrt werden kann. Diese Annahme wird gestützt durch die massive Kritik an der Haltung Gusmaos aus der ost-timoresischen Zivilgesellschaft und der katholischen Kirche. Obwohl viele Bewohner des Kleinstaates, bedingt durch die langjährige Sozialisation unter indonesischer Besatzung, eine gewisse Verbundenheit mit ihren Nachbarn empfinden, scheint das Verlangen nach „Gerechtigkeit“ bei der Bevölkerung mehrheitlich zu überwiegen. Eine Nicht-Befriedigung dieser Forderungen könnte also entsprechend unabsehbare Folgen für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung Timor-Lestes nach sich ziehen. Wenn Präsident Gusmao allerdings nachgibt und die Bestrafung der angeklagten Indonesier fordert, könnte er sein Land in den eine Phase der anhaltenden Stagnation der bilateralen Beziehungen zu Jakarta führen.

Diese Zwickmühle wird lediglich dadurch entschärft, dass die Bestrafung auch gänzlich ohne die Beteiligung Ost-Timors vollzogen werden könnte. Es wird in nächster Zeit ungemein schwer für verschiedene Regierungen und insbesondere die UN zu rechtfertigen sein, warum Völkermorde in Bosnien und Irak international strafrechtlich verfolgt werden, während tatverdächtige indonesische Generäle noch immer auf freiem Fuß sind. Bedenkt man den zusätzlichen Druck, der in dieser Angelegenheit von hunderten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ausgeht, ist die Annahme nicht weither geholt, dass eine internationale Aufarbeitung der Affäre früher oder später wahrscheinlich ist und zwar gänzlich ohne Einwirkung der Regierung in Dili. In diesem Fall wäre der innere ost-timoresische Konflikt gelockert, da die Befriedigung der Betroffenen in Timor-Leste nicht zwangsläufig mit einer Anspannung der bilateralen Beziehungen zu Indonesien einherginge.

Wenn der ost-timoresische Präsident seinen jetzigen Kurs also weiter fährt, könnte er damit seinem Land aus seiner Perspektive letztendlich sogar einen Gefallen tun. Entweder er ist so naiv bzw. so zynisch zu glauben, dass sein Volk die Schreckenstaten auch ohne internationale Aufklärung überwinden kann oder er hat durch seine vierjährige Tätigkeit als Staatsoberhaupt an politischer Finesse gewonnen und spielt sozusagen „über Bande“. Denn obwohl sich Gusmao bei den Beratungen

Politischer Bericht Ost-Timor März 2006

zum Verfassungsentwurf 2001 im Poker um Exekutivbefugnisse des Staatsoberhauptes nicht gerade als politischer Strategie erwies, mag sich das Blatt inzwischen gewendet haben. Dafür spricht etwa, dass seine zunächst unverständliche Position breite Empörung bei vielen Menschenrechtsorganisationen und anderen internationalen Akteuren hervorgerufen hat, die sich nun umso energischer für die ost-timoresische Sache einsetzen und dafür sorgen werden, dass der CAVR-Bericht auf der internationalen Agenda bleibt. Eines ist jedenfalls klar: Die durch die Indonesier bereits langjährig inhaftierte ehemalige Gallionsfigur des ost-timoresischen Freiheitskampfes müsste, sofern Gusmao von ähnlichen moralischen Maßstäben geleitet wird wie die Mehrheit seines Volkes, nichts lieber sehen wollen als die Verurteilung seiner indonesischen Peiniger.

Der weitere Verlauf dieser Debatte ist vor allem auch im Hinblick auf die näher rückenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Mai 2007 interessant. Die Frage nach der Bestrafung der Beschuldigten und der Herstellung von „Gerechtigkeit“ könnte ein entscheidendes Wahlkampfthema werden, das die Opposition der dominierenden und aus der bewaffneten Widerstandsbewegung hervorgegangenen Fretilin-Partei, deren Abgeordnete 55 der 88 verfügbaren Sitze halten, unter Umständen zu ihren Gunsten ausnutzt. Hinzu kommt, dass der amtierende Präsident vielleicht kein zweites Mal kandidiert, was er zu Beginn seiner Amtszeit bereits angekündigt hatte. Bedenkt man weiterhin den möglichen Abgang von Friedensnobelpreisträger und Außenminister Jose Ramos-Horta, der sich selbst als Nachfolger von UN-Generalsekretär Kofi Annan ins Spiel gebracht hat, so gehen Fretilin allmählich die charismatischen Führungspersonlichkeiten von internationaler Bekanntheit aus. Die überwältigende parlamentarische Mehrheit der Partei ist also durchaus nicht garantiert.

Besonders hervorzuheben ist, dass sich all diese kommenden Ereignisse und Veränderungen innerhalb einer wegweisenden politischen Phase für die Zukunft von Timor-Leste abspielen werden. Die bevorstehenden Wahlen, vor allem der reibungslose Ablauf, sind entscheidend für die Etablierung eines demokratischen Fundaments auf der Halbinsel. Hierin wird man sehen, inwieweit die UN und die momentane politische Führung es geschafft haben, das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Prinzipien zu festigen, wobei die Problemlösungsfähigkeit der Regierung eine große Rolle spielen wird. Einige Beobachter sprechen davon, dass sich in Timor-Leste seit der Unabhängigkeit kaum sichtbare Veränderungen vollzogen haben, wie etwa Maßnahmen zum Bau von dringend benötigter Infrastruktur usw., so dass sich die Zuversicht der Bevölkerung in Grenzen halten dürfte. Andererseits werden etwa durch die Vereinten Nationen und die Weltbank auch Verdienste der Regierungsarbeit gewürdigt. Dem jüngsten Bericht des „United



Politischer Bericht Ost-Timor März 2006

Nations Office in Timor-Leste“ (UNOTIL) zufolge verläuft die Entwicklung mehr oder weniger planmäßig, die Situation sei allerdings „fragil“ und abhängig von externer Unterstützung. Außerdem besteht erheblicher Weiterentwicklungsbedarf, weshalb Xanana Gusmao den Sicherheitsrat vor kurzem um Verlängerung der UNOTIL-Mission anrief und um bei der Durchführung der Wahlen zu assistieren. Die Weltbank schätzt das Wirtschaftswachstum Ost-Timors 2006 auf 3%, ein leichter Aufschwung im Vergleich zum Vorjahr.

Beide Berichte sind überdies optimistisch, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch die am 12. Januar zwischen Australien und Timor-Leste unterzeichnete „Greater Sunrise“-Vereinbarung angetrieben wird, wodurch der Kleinstaat 50% der Einnahmen aus der Förderung von Öl- und Gasressourcen des regional größten Energie-Rohstoffvorkommens in der Timor-See erwarten kann. Lediglich die parlamentarische Ratifikation der Übereinkunft steht noch bevor.

Daneben besagt das Dokument allerdings auch, dass Teile der früher von Indonesien beanspruchten Gewässer der Timor-See an Timor-Leste übergehen sollen - vor dem Hintergrund des umstrittenen CAVR-Bericht eine erneute Spannungsquelle zwischen den Nachbarn. Hinzu kommen jüngste Äußerungen des Generalanklägers der Serious Crimes Unit (SCU) in Timor-Leste, Longinos Monteiro, der davon ausgeht, dass die Regierungen in Jakarta und Dili die Strafverfolgung der Tatverdächtigen durch das UN-sanktionierte Gremium nicht verhindern können. Offiziell lassen jedoch beide Seiten keine Zweifel an ihrer angeblichen Freundschaft aufkommen und halten weiter am Versöhnungskurs fest. Bei einem Treffen zwischen Gusmao und Yudhoyono am 17. Februar, das ursprünglich bereits drei Wochen zuvor stattfinden sollte, zeigte sich der indonesische Präsident verständnisvoll in Bezug auf Gusmaos Übergabe des CAVR-Berichts an den UN-Generalsekretär und erklärte den Vorgang zur innenpolitischen Angelegenheit Ost-Timors. Angesichts der momentanen Situation brachte er seine erneute Überzeugung zum Ausdruck, dass die Versöhnungsbekennnisse der ost-timoresischen Regierung von aufrechter Natur sind. Yudhoyonos Vertrauen in seine ost-timoresischen Nachbarn scheint vorerst nicht enttäuscht zu werden: So sprachen sich vor kurzem der Befehlshaber der Streitkräfte und der Verteidigungsminister Timor-Lestes trotz vereinzelter Proteste ausgerechnet für eine militärische Zusammenarbeit mit Indonesien aus.